

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Digitale Verwaltung in NRW“



[Thomas Stotko](#)
(SPD)



[Robert Stein](#)
(CDU)

Die elektronische Verwaltung in NRW ist ...

... eine Notwendigkeit im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft und zugleich eine wichtige Möglichkeit, um Verfahrensabläufe innerhalb der Verwaltung zu vereinfachen und effektiver zu gestalten.

... längst überfällig.

Für Bürgerinnen und Bürger ist die elektronische Verwaltung ...

... wichtig, um mit Behörden einfach Kontakt aufzunehmen und zu kommunizieren. Künftig wird die Verwaltung nicht nur die Kontaktaufnahme vereinfachen, sondern einen sicheren Dokumentenaustausch unter anderem über verschlüsselte E-Mails oder elektronische Identitätsnachweise gewährleisten. Zudem verfolgen wir die elektronische Durchführung von Verwaltungsverfahren sowie die elektronische Zahlung.

... bei richtiger Ausgestaltung eine Bereicherung, die flexibel und bürokratiearm kurze Behördengänge von überall ermöglichen kann.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen ...

... benötigen Schulungen und breite Unterstützung bei diesem Prozess. Neben der Belastung der Umstellung werden sie von der Einführung der Prozesse ebenfalls profitieren, beispielsweise durch den Wegfall doppelter Aktenanlagen, den verwaltungsinternen Datenaustausch und den ständigen Zugriff auf Daten, ohne Akten anfordern zu müssen.

... können profitieren, wenn durch die elektronische Verwaltung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z.B. Telearbeit nach der Geburt eines Kindes) verbessert wird.

Eine Verwaltung ohne Papier ...

... wird vorerst Zukunftsmusik sein. Aber sie würde eine ressourcenschonende Art der Kommunikation ermöglichen und zugleich die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Verwaltungsabläufe darstellen.

... muss einen hinreichenden Datenschutz sicherstellen und ausfallfrei funktionieren.



Matthi Bolte
(GRÜNE)



Ralf Witzel
(FDP)



Frank Herrmann
(PIRATEN)

... an vielen Stellen auf einem guten Weg. Wir haben bei unserem zweiten GRÜNEN Online-Check in den Kommunen viele Verbesserungen erkannt. Mit dem E-Government-Gesetz schaffen wir einen im Ländervergleich vorbildlichen Rahmen, um die elektronische Verwaltung voranzubringen, zum Beispiel, indem Behörden Akten elektronisch führen und ihre Prozesse für die elektronische Abwicklung optimieren.

... ein wichtiges Instrument zur Verwaltungsmodernisierung. Sie bildet das Fundament einer dienstleistungsorientierten Behörde. Nicht nur die Kommunikation mit Wirtschaft und Bürgern wird so vereinfacht und schneller, auch verwaltungsintern werden Abläufe klarer strukturiert und effizienter. Kürzere Bearbeitungs- und Genehmigungszeiten fördern die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes.

... leider seit über 20 Jahren immer noch „vor dem Durchbruch“. Um die Vorteile einer elektronischen Verwaltung voll nutzen zu können, muss eine flächendeckende Service-Architektur geschaffen werden. Kompatibilität und Interoperabilität von Angeboten und Dienstleistungen der Verwaltungen in ganz Europa müssen oberstes Ziel der Reform sein.

... eine Erleichterung im Alltag. Wenn beispielsweise eine Urkunde online bestellt werden kann, entfällt der Gang ins Bürgerbüro. Auf unserer Fraktionsreise nach Estland haben wir erfahren, dass Bürgerinnen und Bürger durch das hervorragende E-Government eine Woche pro Jahr an Zeit sparen. Entwickelt sich E-Government zu Open Government, bieten sich Chancen für politische Transparenz und Beteiligung.

... dann von Vorteil, wenn das Angebot ihrem Bedarf entspricht und sie beispielsweise durch online verfügbare Formulare und Informationen Zeit sparen können und nicht an die Öffnungszeiten von Ämtern gebunden sind. Digitalangebote sollten aber stets ergänzend angeboten werden, denn es gibt auch unverändert etliche Bürger, die eine persönliche Beratung wünschen oder sich mit Onlineplattformen schwer tun.

... eine Selbstverständlichkeit, die sie auch aus der Wirtschaft kennen. Einfach, bequem und sicher von zu Hause oder unterwegs die notwendigen Besorgungen und Geschäfte zu machen ist seit Jahren weit verbreitet. Offen, modern und serviceorientiert werden Eigenschaften der elektronischen Verwaltung sein, die Bürgerinnen und Bürger schätzen werden.

... profitieren ebenfalls, wenn durch E-Government Arbeitsabläufe vereinfacht werden und sie die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern auch mithilfe des Internets erfüllen können. Wir wollen bei der Weiterentwicklung der Verwaltung die Beschäftigten und ihre Bedürfnisse einbeziehen und entsprechende Inhalte in der Verwaltungsausbildung stärken.

... sollten die fortschreitende Digitalisierung und die Möglichkeiten, die sich daraus zur Kommunikation und Arbeitserleichterung ergeben, grundsätzlich als Chance betrachten. Auch Teleheimarbeit kann dadurch bei strikter Wahrung des Datenschutzes erleichtert werden. Auf die neuen Herausforderungen müssen Arbeitnehmer aber gut vorbereitet werden, damit keine Überforderung eintritt.

... sollen durch moderne IT-Landschaften unterstützt, einfache Arbeitsschritte sollen automatisiert werden. Dadurch kann die öffentliche Hand dem demografischen Wandel in der Verwaltung begegnen. Moderne Aktenführung erlaubt die gleichzeitige Kollaboration unterschiedlicher Behörden und ermöglicht so neue Formen der Beschäftigung, wie etwa Homeoffice.

... bringt auch den digitalen Wandel der Gesellschaft insgesamt voran. Wir wissen beispielsweise aus Estland, dem Paradebeispiel für eine digitale Gesellschaft, dass dort der öffentliche Sektor als Motor für die gesellschaftliche Digitalisierung fungiert hat. Auch die Wirtschaft profitiert von einer schnellen und professionellen Verwaltung, wenn Anträge zügig bearbeitet werden.

... ist heute noch Zukunftsmusik, aber aufgrund der rasanten technischen Entwicklungen in einigen Bereichen perspektivisch denkbar. E-Government ist oft kostengünstig und schnell. Digitalisierung stößt aber an ihre Grenzen, wenn es um hoch sensible Vorgänge oder offizielle Akte geht. Wahlen lassen sich kaum durch Abstimmungsautomaten ersetzen, und Zeugnisse sollten nicht auf CD überreicht werden.

... wird es auch mit dieser eGovernment-Reform nicht geben. Zum einen gibt es durchaus Bereiche, in denen man im Notfall auf Papierverfahren zurückgreifen muss oder in denen es einfach wirtschaftlicher ist, zum anderen sollten Bürgerinnen und Bürger nach wie vor die Möglichkeit haben, die Verwaltung möglichst barrierearm zu erreichen, ob per Telefon, per Post oder elektronisch.